



## Welche Unterstützung brauchen die Lehrpersonen?

**Für die Weiterentwicklung der Integrativen Schule in Basel-Stadt ist die Entlastung der Lehrpersonen nötig.**

Die Integrative Schule wird in Basel im 2021 bereits 10 Jahre alt. Seit Januar 2011 ist in Basel die neue Sonderpädagogikverordnung in Kraft. Im Kanton Basel-Stadt ist die Integrative Schule weit fortgeschritten: Ein Expertenbericht stellt den Basler Schulen so auch ein gutes Zeugnis aus und empfiehlt den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

### Herausforderung zunehmende Heterogenität

So wurden in diesem Rahmen die im Schulgesetz verankerten Kleinklassen und Einführungsklassen aufgehoben. Dafür wurden diverse Förderangebote ins Schulgesetz aufgenommen. Trotz diesen Voraussetzungen und Massnahmen ist aber zumindest bei den Lehrpersonen und in der Politik klar, dass es weitere Massnahmen braucht, um die Integrative Schule weiterzuentwickeln und die Lehrpersonen im Schulzimmer zu entlasten. Anspruchsvoll sind vor allem die extrem heterogenen Klassen mit immer mehr Schülerinnen und Schülern, die Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich ausweisen. Es gibt bereits diverse Unterstützungsangebote; diese greifen aber nicht kurzfristig und auch nicht in dem Ausmass, wie es notwendig wäre.

### Politischer Wille zum Einbezug der Lehrpersonen

Ein Teil dieser zusätzlichen Ressourcen und Angebote wird mit den Geldern umgesetzt, welche die Politik für die Wiedereinführung der Einführungsklassen gesprochen hat. Diese Umsetzungen sind an jedem Schulstandort anders. Eine differenzierte Übersicht ist noch nicht vorhanden. So wie es aber aktuell aussieht, wurde der politische Wille nicht oder ungenügend umgesetzt. Vor einem Jahr hatte der Grosse Rat einen politischen Vorstoss für die Wiedereinführung der Kleinklassen überwiesen. Und im Herbst wurde ein weiterer Vorstoss für ergänzenden Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der Integrativen Schule eingereicht. Sehr explizit wird in diesem Vorstoss verlangt, dass die Ausarbeitung der Massnahmen in Zusammenarbeit mit den offiziellen Lehr- und Fachpersonen geschehen soll.

### ED am Zug

Wenn wir es im Kanton Basel-Stadt nicht schaffen, die Integrative Schule so umzusetzen, dass dies auch für die Lehrpersonen machbar ist, geben wir weiterhin viel Geld für ein ungenügendes Schulsystem aus. Irgendwo fehlen wichtige Puzzleteile, welche dringendst gefunden werden müssen. Dies geht aber nur mit dem Einbezug der verantwortlichen Menschen in den Schulzimmern. Die Politik hat mit diversen Vorstössen diesen Willen bekundet. Jetzt ist das zuständige Departement gefragt, hier die nötige Offenheit für Lösungen an den Tag zu legen. Es gibt auch keinen Grund diese zu verweigern, denn im Grundsatz ist die Integrative Schule aktuell nicht infrage gestellt – oder zumindest noch nicht. ■

Text: Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel

möchte, melde sich bitte umgehend bei Kerstin Wenk. Die Frist der Vernehmlassungen läuft bis zum 25. November 2020. ■

## Bessere Führungsstrukturen

**Momentan finden im Kanton Basel-Landschaft gleichzeitig zwei Vernehmlassungen statt, die Änderungen für Schulleitungen vorsehen.**

**D**ie eine Änderung strebt klare Führungsstrukturen für die kantonalen Schulen an. Ziel ist, das Verhältnis der Führungsebenen Schulleitung und Schulrat sowie der Bildungsdirektion zu entflechten. Aufgaben und Kompetenzen sollen klarer definiert werden. Alle operativen Entscheidungen würden in die Zuständigkeit der Schulleitungen gehen. Man verspricht sich davon eine weitere Stärkung der Teilautonomie der Schulen.

Auch gestärkt und vereinheitlicht werden soll die kantonale Aufsicht über das gesamte Schulwesen. Begründet wird dies mit den steigenden Anforderungen an die Schulräte und die Schulleitungen. Gemäss dem Bericht kommt das Milizgremium Schulrat fachlich wie auch zeitlich an seine Grenzen. Im Moment hat die Bildungsdirektion nur einen beschränkten Einfluss, denn die Schulräte sind die Vorgesetzten der Schulleitungen. Wichtig ist also vor allem die vorgesehene Änderung, dass der Schulrat nicht mehr Anstellungsbehörde ist. Zukünftig soll vor allem die strategische Führung der Schule im Zentrum stehen. Die jetzt in der Vernehmlassung vorliegende Landratsvorlage wurde mit allen Beteiligten in den verschiedenen Gremien diskutiert.

### Kompetenz der Gemeinden

Die zweite Vorlage befasst sich mit «variablen Führungsstrukturen für die kommunalen Schulen». Hier sollen die Gemeinden die Wahlmöglichkeit erhalten, die Führungsstrukturen ihrer Schule den lokalen Gegebenheiten anzupassen. Dies hat den Ursprung in der Kantonsverfassung des Kantons Basel-Landschaft (SGS 100), in welcher die Aufgabenzuordnung nach dem Subsidiaritätsprinzip sowie der Grundsatz der Variabilität verankert wurden. Die Ziele der Vorlage sind gut funktionierende Führungsstrukturen, klare Trennung zwischen operativen und strategischen Aufgaben, bessere Einbindung der Schulen in die Gemeinden, starke Schulleitungen mit umfassender Personalverantwortung, Stärkung der Teilautonomie der Schulen und Variabilität für unterschiedliche lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse.

Wenn jedoch einfach der Gemeinderat mehr oder weniger die Aufgaben des Schulrates übernimmt, stellt sich die Frage, ob dann dem Thema Bildung noch die nötige Wichtigkeit zugestanden wird – und auch, wie unterschiedlich je nach Gemeinde alles funktionieren wird oder eben nicht. Es ist zu befürchten, dass so die Bildung mehr und mehr zum politischen Spielball wird.

Auch unsere Erfahrungen in den Beratungen zeigen, dass eine Klärung sowie die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld richtig und wichtig sind. Beide Vorlagen sind bildungspolitisch wichtig und haben Konsequenzen. Eine vertiefte Diskussion und Auseinandersetzung ist bestimmt notwendig. Wer sich damit auseinandersetzen

## Bedeutung und Fehlen partizipativer Führung

**Die Volksschule Basel-Stadt gab der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) einen Monitoringbericht in Auftrag. Die Ergebnisse wurden im Januar 2019 publiziert. Die Evaluationen fanden standortbezogen in den Schuljahren 2014/15 bis 2017/18 statt. Es wurden quantitative Befragungen zu den Themenbereichen «Schule/Schulleitung», «Integrative Schule», «Schullaufbahnverordnung (Beurteilung und Selektion)», «Lehrplan 21 – Auswirkungen auf den Unterricht», «Tagesstrukturen», «Gesamtbeurteilung der Reformen» sowie «Allgemeine Befindlichkeit am Schulstandort» durchgeführt.**

**D**ie teilautonomen Schulen und ihre Schulleitungen schnitten bei den Befragungen gut ab. Sie sind grundsätzlich akzeptiert und auch etabliert. Zum Teil stehen Probleme mit Schulleitungspersonen im Raum. Da kann es um ein unterschiedliches Führungsverständnis gehen, um gegensätzliche Ansichten sowie Unklarheiten in Bezug auf Zuständigkeiten und Kompetenzen im Schulalltag. Diese Probleme führten dann jeweils zu Vorbehalten gegenüber der Schulleitung. Ein gemeinsamer Punkt, welcher sowohl von Lehrpersonen als auch von Schulleitungen bei den Befragungen moniert wurde, sind die knappen Ressourcen der Schulleitungen. Insbesondere geht es dabei um Bedürfnisse im Zusammenhang mit den Führungsaufgaben.

Zusammengefasst hält der Bericht zu diesem Thema fest, dass sich die teilautonome Schule mit Schulleitungen vor Ort in den letzten Jahren stetig etabliert habe und grundsätzlich auf gutem Wege sei. Die Ansprüche an die Schulleitungen seien hoch, insbesondere an einen ausgeprägt partizipativen Führungsstil. Schulleitungen würden von Lehr- und Fachpersonen unterstützend wahrgenommen, was zu deren Akzeptanz beiträgt. Dass der zentrale Erfolgsfaktor für das Gelingen von standort-internen Schul- und Unterrichtsentwicklungsprojekten das Funktionieren von vorhandenen partizipativen Strukturen und schulinternen Zusammenarbeitsgefässen sei, ist eine weitere Aussage des Berichtes.

Obwohl dieser Bericht in Bezug auf die Teilautonomie und die Schulleitung positiv ausfällt, haben sowohl der Berufsverband wie auch die Gewerkschaften in erster Linie Probleme mit den Schulleitungen. Dies ist auch logisch, da sie die direkten Vorgesetzten der Lehrpersonen sind. Aber was sehr oft kritisiert wird, ist das Fehlen eines partizipativen Führungsstils, der von vielen gewünscht würde. ■

Texte: Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel



Pia Suter ist  
Kindergärtnerin  
in Riehen und  
wohnt im Basler  
Hirzbrunnenquartier.

# Im Traumberuf angekommen

**Ich treffe Pia Suter im Aussenbereich der selbstverwalteten Beiz Hirscheneck. Es ist ein schöner, sonniger Herbsttag, den nur die omnipräsenten Putzwagen der Basler Stadtreinigung durch ihren Lärm trüben. Wir müssen laut sprechen und immer wieder abbrechen.**

**A**uch wenn sie sich als Jugendliche vieles hätte vorstellen können und auch als Auto- und Polymechanikerin hospitierte, war Pia Suters Traumberuf doch immer Kindergärtnerin. Da ihr dieser Berufsweg im Kanton Zürich ohne Matur versperrt war, entschied sie sich erst einmal, in den Fussstapfen ihres Vaters, für eine Kochlehre. Wichtig bei der Berufswahl war ihr vor allem die praktische Orientierung. Am Kochen schätzte sie besonders die Realitätsnähe und den direkten Nutzen. In Dietikon aufgewachsen kam Pia Suter 1995 mehr oder wenig zufällig nach Basel. Aufgrund von Rückenproblemen musste sie sich beruflich neu orientieren und nutzte die damals in Basel bestehende Möglichkeit, mit abgeschlossener Lehre die Zweitausbildung zur Kindergärtnerin zu absolvieren.

## Zwischen Spiel und Verschulung

Die ehemals praxisnahe Ausbildung am Pädagogischen Institut in Basel – zwei Jahre lang, sechs Tage die Woche – kam Pia entgegen. Als vor einigen Jahren im Rahmen der HarmoS-Reformen die Möglichkeit bestand, zusätzlich die Unterrichtszulassung für die 1. und 2. Klasse zu erwerben, besuchte sie auch die dafür nötigen 100 Stunden Weiterbildung. Die Einblicke in das Weiterlernen nach dem Kindergarten waren sehr wertvoll für sie. Dass umgekehrt die Primarlehrpersonen nach wie vor wenig über das Lernen im Kindergarten wissen, bedauert Pia. Denn das Unterrichten im Kindergarten habe seine eigene Logik. Hier könne man nicht einfach auf Basis eines Lehrmittels eine Lektion erteilen. Im Kindergarten sei es besonders wichtig, die Kinder individuell an ihrem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand abzuholen. Die Herausforderung sei, dass die Kinder das

Dargebotene auch als relevant empfinden und motiviert sich dieses spielerisch anzueignen. Denn Kinder lernen alles im Spiel.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Kindergarten, so Pia, massiv verändert. Der Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten wurde drei Monate nach vorn verschoben, was bei so jungen Kindern eine grosse Rolle spielt. Statt drei Stunden werde nun vier Stunden am Morgen unterrichtet. Die Ausbildung sei akademisiert worden, sodass viele PH-AbsolventInnen heutzutage zwar enormes entwicklungspsychologisches Wissen mitbringen, aber mit der Planung und Durchführung einer Lektion erst einmal heillos überfordert wären. Dass es inzwischen auch für den Kindergarten Deutsch- und Mathelehrmittel gebe, sei zwar ein Gewinn, aber wichtig wäre es vor allem, dass Input und Wissensvermittlung auch wieder zu einem Spiel führen. Pia berichtet von ihrem Unterricht, in dem sie immer demonstrativ die Anwesenheit der Kinder von eins bis achtzehn abzählen und vermerken wie viele fehlen, oder es wird rückwärts der Countdown für den Beginn von etwas angesagt. Anschaulich erleben die Kinder damit die Zahlen und auch schon das Prinzip der Subtraktion.

Mit dem Vorlesen von Geschichten entwickeln die Kinder wiederum einen Bezug zur Schriftlichkeit. Manche können beim Eintritt in den Kindergarten sogar bereits schon lesen, doch im Kindergarten wollen sie meistens vor allem mit den Anderen spielen.

Pia erzählt, dass sie sich informelle Notizen über den Lernstand der Kinder, ihre Interessen, ihr Potential macht und einen Lernbericht für die Eltern verfasst. Doch Kinder brauchen für ihre Entwicklung Zeit. Eine optimale Lernumgebung und Inputs würden diese zwar begünstigen, aber entwickeln müssen sich die Kinder selber. Den Lehrpersonen sollte bewusst sein, dass ihr Einfluss darauf begrenzt ist. Diese können nicht die Verantwortung für bisher nicht erfolgte Lernprozesse der Kinder übernehmen.

## Ungleiche Bedingungen

An ihrem Beruf schätzt Pia, dass sie viel Gestaltungsspielraum und Möglichkeiten hat, Ideale und Werte zu vermitteln, Massgebliches zu bewirken. Sie könne vieles selbst entscheiden und ihre Schulleitung, die einen partizipativen Führungsstil habe, würde sie dabei unterstützen und die nötigen Ressourcen sprechen. Auch die Präsenzzeiten für Lehrpersonen ausserhalb des Unterrichts (Mittwochnachmittag) werden flexibel

gehandhabt. Wie sie von ihren KollegInnen hört, ist dies von Standort zu Standort jedoch sehr unterschiedlich. Aufgrund der vor wenigen Jahren eingeführten Teilautonomie der Schulen haben sich die Unterschiede der jeweiligen Schulhaus- und Unterrichtskulturen weiter verstärkt. Mit diesen sei auch die Chancengleichheit der SchülerInnen gefährdet. Pia würde es begrüßen, wenn die SchulleiterInnen für dieses Thema besser ausgebildet und untereinander vernetzt wären.

Beeinträchtigt wurde die Chancengleichheit auch durch die Corona-Pandemie. Die Kinder ihrer Kindergartenklasse in Riehen kommen in der Regel aus eher privilegierten Familien mit grosszügigen Wohnungen oder Häusern mit viel Grün rundum. Während des Lockdowns im Frühjahr klingelte Pia jede Woche persönlich an der Wohnungstür der Kinder und brachte ihnen Vorschläge für Aktivitäten und entsprechendes Material. Da ihre Familien grossteils bildungsnah sind, habe diese gut funktioniert. Die Eltern wussten ihren Besuch sehr zu schätzen, die Kinder freuten sich. Pia wurde jedoch deutlich, welche starken Auswirkungen die Pandemie auf die Bildungschancen der Kinder hat. Für Kinder mit Eltern, die sich nicht kümmern konnten oder wollten, war dies oftmals eine schwere Zeit. Und auch als die Kindergärten wieder öffneten, mussten viele Veranstaltungen abgesagt werden, die dazu dienen Schwellen und Barrieren zu überwinden wie etwa der Besuchstag für den kommenden Jahrgang.

### Integration

Zwiespalten ist Pias Einschätzung der Integration an Basler Schulen. In den «Integrationsklassen», die sie aus eigener Erfahrung kennt, sei aufgrund der Ressourcenausstattung (2 Kindergärtnerinnen sowie zusätzlich eine Heilpädagogin für vier Kinder mit spezifischem Förderbedarf) die Chance des Gelingens gross. Ein Erfolgsmodell seien diese insbesondere, weil die Kinder nicht einzeln «integriert» werden. Für diese sei eine Peer Group wichtig, in der sie merken, dass sie nicht der/die einzige sind, der/die anders ist. Auch das Alter sei von Bedeutung, im Kindergarten würde die Integration noch leichter gelingen als in der Sekundarschule. Man müsse jedoch genau hinschauen, Integration sei kein Patentrezept. Es stört sie auch die Unklarheit der Begriffsverwendung, ihr zufolge werden in den Diskussionen über Integration oft die Bedürfnisse von verhaltensauffälligen Kinder, von «Kleinklässlern», von Kindern mit Handicaps oder von fremdsprachigen Kindern miteinander vermischt. Kinder können von Grossgruppen auch überfordert sein, man müsse genau auf die Bedürfnisse der Kinder schauen und dürfe nicht um jeden Preis integrieren, auch separative Bildungsangebote haben für Pia ihre Berechtigung. Überzeugt hat sie das Bild eines Weiterbildungsdozenten, der darauf verwies, dass ein Hamster, der ins Aquarium geworfen werde, noch lange nicht unter den Fischen integriert sei. Damit bei den Entscheidungen über integrative Beschulung tatsächlich auch das Kindeswohl im Zentrum steht, fordert Pia, dass diese nicht nur in unterrichtsfernen Büros getroffen werden sollten, sondern von den Fachpersonen, die täglich mit den Kindern arbeiten.

### Gewerkschaft und Politik

Zum ersten Mal in eine Gewerkschaft eingetreten ist Pia noch während ihrer Kochlehre. Ihr Vater hatte ihr auf den

**«Wenn wir unseren Kindern nicht mehr beibringen, wie man ein Budget macht, wie man kocht, wie man wäscht, wäre das fatal. Das ist es doch, was man wirklich braucht.»**

Weg mitgegeben, dass man auch in eine Gewerkschaft eintreten sollte, wenn man eine Lehre macht. Nachdem sie die Ausbildung als Kindergärtnerin absolviert hatte, trat sie der damaligen Gewerkschaft Erziehung (GE) bei. Bald arbeitete sie im Vorstand mit. Sie fand es spannend, die bildungspolitischen Entwicklungen mitzubekommen und wichtig, sich kritisch zu den Reformprojekten zu äussern. Ihre jungen KollegInnen nimmt sie dagegen als eher unpolitisch wahr, zumindest hätten sie andere Organisationsformen. Pia hat sich seit ihrer Familiengründung selbst etwas aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit zurückgezogen. Nötig ist kritisches Engagement ihr zufolge heute mehr denn je, sei es hinsichtlich der standardisierten Leistungstests («Checks»), für kleinere Klassen oder ausreichende Schulräume.

Acht Jahre war Pia für die GE im Basler Erziehungsrat. Ein Gremium, das für viele Reformprojekte im Bildungsbereich oder auch nur die Stundentafeln konsultiert werden muss. Pia erzählt, wie sie sich etwa erfolgreich für den Hauswirtschaftsunterricht an der Sekundarschule eingesetzt haben, der abgeschafft werden sollte: «Wenn wir unseren Kinder und Jugendlichen nicht mehr beibringen, wie man ein Budget macht, wie man kocht, wie man wäscht, wäre das fatal. Das ist es doch, was man wirklich braucht.» Im Erziehungsrat war sie nur eine von zwei aktiv im Schuldienst stehenden Lehrpersonen. Oft musste sie deshalb den KollegInnen Sachverhalte erklären und Dinge richtigstellen. Doch die Zusammenarbeit mit Menschen, die einen anderen Blick auf das Bildungssystem haben als Lehrpersonen, empfand sie als bereichernd – auch weil die Diskussionen sachorientiert, nicht entlang der Parteigrenzen verliefen.

Ein besonders wichtiges Projekt war für sie «Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten», das sicherstellt, dass an zwei Nachmittagen die Woche fremdsprachige Kinder ab drei Jahren in Spielgruppen sprachlich gefördert werden. Sie hat sich im Erziehungsrat sehr dafür eingesetzt, dass das Projekt ausgeweitet wird, damit alle Familien mit Kindern an dem Projekt teilhaben können. Es wäre für alle ein Gewinn, wenn auch die Einheimischen profitieren könnten und die Fremdsprachigen nicht unter sich blieben. Sie findet es sehr schade, dass sich dies jedoch als nicht finanzierbar erwies. Doch immerhin gebe es die Sprachförderung wenigstens in dieser Form.

In Erinnerung hat Pia auch die Auseinandersetzungen über die Unterrichtssprache in den Basler Kindergärten. Sie begrüsst das Ergebnis der entsprechenden Volksabstimmung, dass die Standardsprache und der Dialekt gleichwertig an den Kindergärten angewandt werden. Beides sei wichtig, erstere für die Chancengleichheit, letzterer für die Integration. Es ist ihr wichtig, dass sie selbst entscheiden kann, wann welche Sprache gesprochen wird. Vor vierzig Jahren seien, so Pia, für ausserkantonale sozialisierte Kindergärtnerinnen Baseldeutsch-Kurse noch zwingend gewesen. ■